

Walther Herbert

Was in der Pensionsdebatte gerne verschwiegen wird

Durchaus typisch für die Tonlage, in der die Pensionsdebatte in den Medien geführt wird, ist ein Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung vom 8. Nov. 2000: Die NZZ berichtet darin über eine aktuelle Studie zur Entwicklung der Altersvorsorge in der EU, welche dem Rat der EU-Finanzminister zur Beratung vorgelegt wurde. Die NZZ spricht von einem „brisanten“ Dokument, von „düsteren“ Perspektiven, von „erschreckenden“ Ergebnissen. Grund für diese an Panikmache grenzende Einschätzung: „Wird an der derzeitigen Politik nichts geändert, werden die Kosten für die öffentliche Altersvorsorge in den meisten Mitgliedstaaten in den nächsten Jahrzehnten um mehrere Prozentpunkte des Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigen.“

**Ausgaben für öffentliche Rentensysteme
(in % des BIP, vor Steuern)^{1,2}**

	2000	2010	2020	2030	2040	2050
Deutschland ³	10,3	9,5	10,6	13,2	14,4	14,6
Frankreich	12,1	13,1	15	16	15,8	--
Großbritannien	5,1	4,7	4,4	4,7	4,4	3,9
Italien	14,2	14,3	14,9	15,9	15,7	13,9
Österreich	14,5	14,8	15,7	17,6	17	15,1
Spanien	9,4	9,3	10,2	12,9	16,3	17,7

¹Unter der Annahme, daß die derzeitige Politik fortgesetzt wird

²Vergleichbarkeit der Daten z.T. durch kleinere methodologische Differenzen zwischen den einzelnen Staaten eingeschränkt;

³Gesetzliches Pensionssystem

Quelle: Wirtschaftspolitischer Ausschuß der EU

Gesetzt den Fall, diese – mit enormen Unsicherheiten behafteten – Langzeitprognosen treten tatsächlich ein.

Werden die zukünftigen Erwerbstätigen unter dieser Last „zusammenbrechen“, wie dies in vielen Stellungnahmen suggeriert wird?

Im gesamten Artikel (wie auch in vielen vergleichbaren Medienberichten) wird verschwiegen, daß sogar bei extrem pessimistischen Annahmen über das zukünftige reale Wachstum des BIP pro Beschäftigten von 1.5 % p.a. ein Beschäftigter des Jahres 2030 (**trotz** Abzug der höheren SVB) bei gleicher Steuerquote noch immer ein um 51 % höheres Nettoeinkommen hätte als im Jahr 2000!

Sicher: Ohne (sinnvolle!) Zuwanderung und ohne (sinnvolle!) Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen, wird die demografische Belastungsquote (Pensionisten pro Erwerbstätige) steigen. Gewiß tun allenfalls notwendige Erhöhungen von Pensionsbeiträgen immer weh. Aber aus einer politischen Umverteilungsfrage, wieviel eine zukünftig aktive Generation den

Pensionisten vom gesamten Kuchen abzutreten bereit ist, ein Verteilungskampfszenario oder ein ökonomische Katastrophe zu stilisieren, ist keineswegs gerechtfertigt! Gerade die beträchtliche Bandbreite der nationalen Belastungsquoten zeigt, daß substanzielle politische Handlungsspielräume – mit bestenfalls marginalen Konsequenzen – existieren. Jedenfalls ist der Lebensstandard der Beschäftigten (!) in Österreich trotz deutlich höherer Belastungsquote bereits seit dreißig Jahren höher als in Großbritannien – mit wachsendem Abstand zugunsten Österreichs! Die niedrige Belastungsquote in Großbritannien zeigt nur eines – den Pensionisten Großbritanniens, soweit sie **nur** auf öffentliche Pensionen angewiesen sind, geht es dreckig. Muß man darauf stolz sein?

Kann ein – teilweiser – Übergang zum „Kapitaldeckungsverfahren“ die Probleme entschärfen?

Auch dieser EU-Bericht empfiehlt – wie viele vor ihm - eine „Stärkung der Rolle von Vorsorgesystemen nach dem „Kapitaldeckungsverfahren“. Dabei wird der Öffentlichkeit konsequent verschwiegen, daß Pensionen **immer** aus dem **laufenden** Volkseinkommen finanziert werden müssen – gleichgültig ob Kapitaldeckungs- oder Umlageprinzip angewendet wird. Bei Kapitaldeckung zusätzlich aus Zinsen und Dividenden, beim Umlageprinzip nur aus Steuern und Abgaben. Die naive Vorstellung, „Kapitaldeckung“ sei einem „Sparschwein“ gleichzusetzen, welches bei Erreichen des Pensionsalters geschlachtet werden könne, ist weit verbreitet, aber gesamtwirtschaftlich völlig falsch. Solange beim Kapitaldeckungsverfahren weniger Leute langfristig gebundene Reserven auflösen als aufbauen (wie zur Zeit dank Babyboom-Generation und steigender Erwerbsquoten in den USA der Fall), entsteht ein Aufwärtsdruck auf Aktienkurse, der eine „Vorsorgeillusion“ samt überzogener Renditeerwartungen auslöst, allenfalls auch einen temporär überschießenden Investitionsboom. Wenn die ersten stärkeren Alterskohorten in Pension gehen (etwa um 2010), folgt die kalte Dusche wie das Amen im Gebet - die Kurse rasseln wieder in den Keller. Wehe dem privaten Pensionsfond, der dann auf das falsche Pferd gesetzt und hohe Auszahlungsverpflichtungen hat! Gegen demografische Ungleichgewichte und gegen die Zufälligkeiten des Strukturwandels ist das Kapitaldeckungsprinzip in Wahrheit schlechter gerüstet als das Umlageverfahren!

Dieses ahnend machen US-Pensionsfonds und ihre (ahnungslosen?) Helfer in den europäischen Medien immer aggressiver Propaganda für eine „Privatisierung“ (= teilweise Umstellung auf Kapitaldeckung) der Pensionsversicherungen in Europa, droht doch ohne Einstieg weiterer Pyramidenspieler auf den internationalen Kapitalmärkten ihr kunstvoll hochgejubeltes Kursgebäude einzustürzen. (Laut einer Studie der amerikanischen Notenbank sind die US-Aktienkurse zur Zeit um annähernd 30 % überbewertet!) Um auch die Europäer zum Mitspielen zu bringen, muß man Ihnen die staatliche Pension reduzieren und die eingesparten Mittel zum Teil zur (teuren) steuerlichen Förderung des Pensionssparens verwenden.

Volkswirtschaftlich können Pensionen via „Kapitaldeckung“ **höchstens** im Ausmaß von Zins- und Dividendenausschüttungen (also eines relativ kleinen Teils der Gewinne!) zusätzlich alimentiert werden, weil man vom ererbten Realkapitalstock (=Maschinen, Anlagen, Gebäude) nicht abbeißen kann. Im Falle des Umlageverfahrens sind die Sozialversicherungsanstalten die „Bösen“, weil sie den Erwerbstätigen Teile des Einkommens für Pensionen abschöpfen. Im Fall der Kapitaldeckung setzen Pensionsfonds die Manager unter Druck, hohe Dividenden auszuschütten und den „Share-holder-Value“ zu maximieren, damit sie der Ausschüttungsverpflichtung nachkommen können. (Die Gewerkschaften wissen, was das bedeutet!)

Anzumerken ist noch, daß Kapitaldeckung auch dem Steuerzahler teuer kommt. Nicht nur wegen der Steuerzuckerln für „private Vorsorge“, um Ersparnisse in die Pensionsfonds fließen zu lassen. Sondern auch, weil man schlecht wirtschaftende private Pensionsfonds (und die wird es geben!) nicht einfach in Konkurs gehen lassen kann – das hält man in einer Demokratie politisch nicht aus. Auch die Verwaltungskosten konkurrierender privater Fonds sind übrigens ungleich höher (Vertreter, Werbung, Portfoliobetreuung – bis zu 13%) als die eines Umlageverfahrens (2%).

Wenn durch „Kapitaldeckung“ die ökonomische Belastung durch die „Alterung“ nicht gesenkt werden kann, weshalb wird dann trotzdem so vehement Propaganda gemacht?

Vom anonymen Sparbuch über das 13. und 14. Monatsgehalt bis hin zur Agrarpolitik – die Wirtschaftspolitik ist reich an Beispielen, wie erfolgreich es in politischer Hinsicht sein kann, „die Kleinen“ vor den Karren „der Großen“ zu spannen. (So gehen z.B. 4/5 (2/3) aller Subventionen der EU - in der Höhe von 500 Mrd. - an bloß 20 % (4%) aller Bauern!). Jene Sozialdemokraten a la Blair, Schröder, Eichel und Co, die sich als unkritische „Modernisierer“ dem Zeitgeist anbieten, fehlt, so scheint mir, jegliches Verständnis für dieses politische Hebelgesetz der Kräfte: Wer leichtfertig das Umlageprinzip scheinchenweise preisgibt und sich Scharen von Kleinaktionären züchtet, die im Pensionisten- und Hausfrauenklub die Börsenkurse studieren, der kann den Wohlfahrtsstaat – samt Arbeitsmarktregulierung - gleich abschreiben. Nicht das Sein, sondern der äußere Schein des Mitschneidendürfens am Coupon des Reichtums ist es, der das politische Bewußtsein kleiner Anleger bestimmt. Und wehe dem, der es dann wagt, die kindliche und letztlich unerfüllbare Hoffnung auf einen ewig währenden Börsenboom oder den großen Lottotreffer zu stören! Ob Manager, Gewerkschaft, Fiskus, Zentralbank oder Sozialpolitiker - von allen Akteuren wird in einer Welt die von Pensionsfonds und Eigenvorsorge für die wahlentscheidenden Mittelschichten bestimmt wird, aktionärsfreundliches Benehmen erwartet. Wer glaubt, daß den arbeitenden Menschen in dieser Share-holder Welt mit permanentem Druck auf Löhne (und Arbeitsbedingungen) mehr in der Tasche bleibt, als in einer Welt des Umlageprinzips, wird selig.

Aber ist es nicht ein Gebot der Generationengerechtigkeit, die absehbaren Belastungsspitzen abzusenken?

Ach ja, die intergenerative Gerechtigkeit: Unsere Journalisten werden nicht müde, uns zu erklären, wie arm die Generation der jetzt Zwanzig- bis Vierzigjährigen sein wird, weil sie mit steigenden Beitragsquoten rechnen muß (s.o.) und „nie das herausbekommen werden, was sie einbezahlt haben.“ (Rauschers Klagegedicht im Standard). Hier ist sie wieder, die „Sparschweinillusion“. Leider kann man das Experiment nicht machen, wie viele „Junge“ sich zum Zwecke einer Lebenseinkommensmaximierung via Zeitreise für einen früheren Geburtstermin entscheiden würden, wenn sie nur könnten. (Zum Beispiel zurück in die muffigen fünfziger Jahre mit Urlaub im Gänsehäufel...) Wie gerecht ist es eigentlich, wenn jemand morgen an einer Krankheit stirbt, die er übermorgen, dank des medizinischen Fortschritts und eines späteren Geburtstermins, überlebt hätte?

Vielleicht könnten jene, welche den Jungen einreden wollen, von den Alten ausgebeutet zu werden, manchmal auch daran denken, daß es für die Jungen durchaus Vorteile gehabt hat, in einer kinderarmen Gesellschaft geboren worden zu sein (z.B. weit bessere Ausbildungschancen oder daß man beim Erben weniger oft teilen muß...)

Hier liegt übrigens die eigentliche Ungerechtigkeit, über die man nicht spricht, weil die professionellen Aufhetzer (darunter zornige Milliardäre) lieber Junge gegen Alte, Inländer gegen Ausländer, Nichtbeamte gegen Beamte gegeneinander ausspielen, als die wahren Probleme zu diskutieren: In einer kinderarmen Gesellschaft kommt es dank der langen Phase der Akkumulation zu gewaltigen Vermögenskonzentrationen über die Zufälligkeiten des Erbganges – Europas Sozialdemokraten würde es gut anstehen, sich darüber steuer- und demokratiepolitisch den Kopf zu zerbrechen, statt den neoliberalen Zeitgeistlern und den Börsenmaklern den Kotau zu machen.

Dies bedeutet nicht, daß man auf langfristige Anpassungen im Pensionssystem verzichten kann – aber hysterisches Panikgeschrei ist unangebracht und das Umlageverfahren (samt Prinzip der Wahrung eines angemessenen Lebensstandards im Alter) sollte von allen Verfechtern der sozialen Marktwirtschaft (auch den christlichen) mit Zähnen und Klauen verteidigt werden!

Will man einer relativen (nicht absoluten!) Verarmung von Pensionisten entgegenwirken, muß man im übrigen auch der Verteuerung spezifischer Dienstleistungen für Ältere (Gesundheitswesen, Pflegedienste) entgegenwirken – offenere Grenzen für bestimmte Arbeitskräftekategorien sind daher unvermeidlich.

Ein schwacher Trost: Auch die Haiders und Westenthalers dieser Republik werden im absehbaren Zustand altersbedingter Demenz eines Tages auf die Hilfe einer slowakisch/ukrainischen Krankenschwester angewiesen sein. Daran werden auch Gebärprämiern für Inländerinnen nichts mehr ändern. Wie sagte doch der mögliche zukünftige US-Präsident Bush - ein unfreiwilliger Komiker – so treffend. „The future will be better tomorrow.“